

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstausgabe des Wilsdruffer Tageblattes am 1. März 1841. Die Redaktion ist auf Wilsdruff, Postfach 2640, Dresden. Die Redaktion ist auf Wilsdruff, Postfach 2640, Dresden.



Die Redaktion ist auf Wilsdruff, Postfach 2640, Dresden. Die Redaktion ist auf Wilsdruff, Postfach 2640, Dresden.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang: Nr. 17.

Sonnabend / Sonntag 10. / 11. Februar 1923.

Keine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Deutsche Regierung hat in einer in Paris überreichten Note scharf gegen den Vormarsch der Franzosen nach Osnabrück und Appenweier protestiert.
- * Die Reichsregierung hat in einer Darstellung der Reichsregierung, daß der Beschluß der Reparationskommission, in welchem eine allgemeine Befreiung Deutschlands festgesetzt wurde, gegen die Vorschriften des Versailler Vertrages verstößt.
- * Die Bergarbeiterverbände haben in einem Aufrufe festgestellt, daß die Franzosen jetzt versuchen, deutsche Betriebsratsmitglieder durch Geldsummen bis zu 20000 Mark zu bestechen. Diese Versuche wurden mit Entrüstung zurückgewiesen.
- * Der Streit der Lothringer Bergarbeiter ist zur Laitsache geworden. In ganz Lothringen liegen die Bergwerke still.
- * In nächster Zeit tritt eine neue Erhöhung der Personen- und Gütertariife bei der Eisenbahn in Kraft.
- * Die Alliierten haben das türkische Ultimatum abgelehnt, welches die alliierten Kriegsschiffe zum Verlassen des Hafens von Samrun auffordert.

Englische Stimmungen.

Von einer Seite, die infolge ihrer Beziehungen besonders über die augenblickliche innere Situation im Britenlande informiert ist, wird uns geschrieben:

Der Engländer sängt allmählich an, den deutsch-französischen Kampf in und um das Ruhrrevier mit Sportsaugen zu betrachten. So à la Boxkampf. Und die Vortreffliche der großen Zeitungen in Londoner Piccadilly bringen die Telegramme über die einzelnen „Gänge“, wie sie einst vom Boxkampf Charpentier-Dempsey berichteten. Die englischen Politiker denken natürlich etwas anders; ganz charakteristisch ist dabei, daß die erste, schon fast heroisch gewordene Frage an maßgebende oder unterrichtete Deutsche immer zuerst die ist: „Seid ihr einig?“ Man hat eben „drüben“ einen solchen „Match“ gar nicht recht für möglich gehalten angesichts der deutschen innerpolitischen Zerrissenheit und Skatelersticht, glaubte daher nicht, daß Deutschland „durchstehen“, sondern daß es sehr bald den Kampf aufgeben würde. Eine Mahnung für uns!

In der englischen Volkstimmung ist ein langsamer Umschwung zu unseren Gunsten deutlich zu verspüren. Bekanntlich haben die Konservativen die stark überwiegende parlamentarische Mehrheit, und diese Partei hat die Masse ihrer Anhänger in den mehr ländlichen Bezirken des Südens und Nordens zu sitzen. Dort aber ist bisher von einer geistigen Umstellung auf die Nachkriegszeit noch wenig zu spüren gewesen; vier Jahre hat man den englischen Bauern und Kleinbürgern den Abscheu vor den „Hunnen“ eingehämmert, hat das Parlament 1918 unter dem Schläger „Nieder mit Deutschland!“ wählen lassen; vier Jahre hindurch haben die Söhne dieser Bauern und Bürger Schulter an Schulter mit den Franzosen gekämpft gegen die Deutschen; — da kann man nun noch nicht so schnell umlernen. Das konservative Parlamentsmitglied, das in London mitten im politischen Getriebe steht und die schweren wirtschaftlichen Nöte der Nachkriegszeit in England sieht, denkt natürlich anders, muß aber Rücksicht auf die Ansichten seiner Wähler nehmen.

Hier sitzen auch die stärksten und energiegeltesten Verteidiger des Friedens von Versailles, der ja England die allergrößten Gewinne verschaffte. Es wäre daher von uns eine falsche Politik, wenn wir diesen Vortag in seiner ganzen Ausdehnung als null und nichtig erklären und behandeln würden. Dagegen, daß wir den Franzosen und Belgiern gegenüber zu dieser Erklärung geschritten sind, hat kein Engländer etwas einzuwenden und ebensowenig gegen die deutsche Forderung, daß in neuen Verhandlungen das Reparationsproblem auf einer Grundlage geregelt werden soll. Obwohl auch hierfür eine aktive Politik der englischen Konservativen nicht zu erwarten ist.

Lloyd Georges Politik war aufgebaut auf der Zusammenarbeit mit Frankreich, aufgebaut auf der englischen antideutschen Kriegspsychose, aufgebaut auf dem Parlament der „Abkühlwahlen“ von 1918. Sie wurde aber nach zwei Seiten hin zum Fehlschlag: einmal infolge des Einbruchs der Franzosen in das englische Imperium, nämlich in Vorderasien, der empfindlichsten Stelle des englischen Weltreiches; und zum andern Teil die wirtschaftliche Katastrophe, die auf dem finanziell-wirtschaftlichen Zusammenbruch Mittel- und Osteuropas beruhte und verursacht war letzten Endes durch Frankreich. Lloyd George und seine Gefolgschaft, die Liberalen und die Unionisten (der linke Flügel der Konservativen) erhielten demgemäß bei den Wahlen ein Misstrauensvotum des englischen Volkes und sind — selbstverständlich in Übereinstimmung mit den Arbeitern, die seit Jahren unter der wirtschaftlichen Depression ganz außerordentlich zu leiden haben — natürlich auf Frankreich sehr wenig gut zu sprechen. Aber Lloyd George hat als politische Versäufelung in England kaum noch Bedeutung; andere sind an seine Stelle getreten.

„Bonar Law hat konsequent die alte englische Politik der „splendid isolation“, d. h. „glänzenden Alleinlebens“,

wieder aufgenommen, nur daß diese Isolierung in keiner Weise als glänzend zu bezeichnen ist. Es ist das Ministerium der Ruhe, des Sich-zurückziehens auf die Insel, das old merry England, der alten behäbig frohlichen Zeit, des Sich-zurückziehens auf das Imperium. Auch in dieser Politik hat man sich zum Grundsatze gemacht, alle Schwierigkeiten möglichst in Ruhe und Frieden zu beseitigen. Nun ist aber genau wie unter Lloyd George ein zweites, womöglich noch folgenschwereres Einbruch der französischen Machtpolitik in dieses Imperium und wieder an der empfindlichsten Stelle erfolgt: die Ereignisse auf der Lausanner Konferenz. Zunächst versucht man auch hierbei, „das Gesicht zu wahren“, und das Echo klingt noch gedämpft in der wohldisziplinierten englischen Presse. Aber in der nächsten Woche tritt das Unterhaus zusammen, und dabei wird sich wohl der allmählich sich erweiternde Miß offenbaren, der zwischen sehr erheblichen — nicht bloß liberalen-arbeiterparteilichen, also oppositionellen — Volksteilen und der Regierung dieses „Friedens um jeden Preis“ laßt. Die aktiv vorstößende Opposition, die diese beiden Parteien umfasst und daher sehr stark ist, will auch auf die inzwischen immer bedrohlicher werdende französische Umklammerung Hollands hinweisen, die auf deutschem Gebiet erfolgt und Holland auf seinen drei Landseiten restlos umspannt.

Ganz besonders aber sind die in Deutschland sich aufhaltenden Engländer entrüstet über die nun vollständige Isolierung der englischen Besatzungszone in Köln und — über das leise Gefühl der Misachtung, die angesichts der englischen Unfähigkeit auch demgegenüber doch in jedem Deutschen beim Gespräch mit ihnen durchklingt, weil dem der Engländer nichts Durchschlagendes entgegenzusetzen vermag. Dabei nimmt er es den Deutschen gar nicht persönlich übel, sondern sieht es uns als unser altes Recht zu, ein bisschen über ihn die Waage zu stellen. Aber gerade das wundert ihn, weil es ihn, den Beherrscher der Welt, im Kern trifft. Und wenn man dann noch vielleicht sein Nationallied: „Britannia rule the waves“ (England beherrscht die Meere) leise und spöttisch vor sich hindrückt, dann wird er vor Rot grün und gelb. Aber nicht vor Rot über uns; denn wir haben ja als Volk, als Deutsche das Recht dazu, ihn ein wenig zu beschüteln. Besonders da wir in den ersten „Gängen“ des Boxkampfes verhältnismäßig gut „gelandet“ haben und uns beim „Nehmen“ der gegnerischen Vorhölle recht „hart gezeigt“ haben.

Zweifellos wird demnächst bei den Unterhausverhandlungen das alles gründlich zur Sprache kommen.

Nicht durch englisch-befehltes Gebiet!

Die Frage des Transportes von Ruhrkohle nach Frankreich auf dem Wege über das von den Engländern besetzte Gebiet, wo allein die Eisenbahn in guter Ordnung ist, wird in London als sehr heikel betrachtet. Bis jetzt haben derartige Transporte noch nicht stattgefunden, aber das englische Kabinett wird dieser Frage Aufmerksamkeit widmen. Man hofft, daß die französischen Behörden diesen Weg nicht einschlagen werden, um die Ruhrkohle nach Frankreich zu leiten, denn sie haben zahlreiche Eisenbahn- und Flusslinien zu ihrer Verfügung, die sie nur in Gang zu bringen brauchen und dann benutzen können, ohne die von den englischen Truppen besetzten Gebiete zu passieren.

Wie die „Londoner Times“ berichten, hätten die Franzosen sich bereit erklärt, Züge mit Reparationsstoffe und Holz aus dem Ruhrgebiet nicht durch die britische Zone gehen zu lassen.

Die Schweizerische Berliner Gesandtschaft teilt mit, daß die Schweizer Regierung die französische Regierung bereits auf die Behinderung des Kohletransports nach der Schweiz durch die Ruhrbesetzung aufmerksam machte und die Franzosen Abhilfe zugesagt hätten. Ebenso negiert holländische Bescherden gegen Frankreich in gleicher Richtung vor.

Schüsse und Peitschenhiebe.

Neue französische Robeitsakte.

Die Franzosen haben ihren Eisenbahnpatrouillen den Befehl erteilt, nach den üblichen Warnungen auf jede Person zu schießen, die sich den Eisenbahnstrecken nähert. Infolge dieses mehrfachen Befehls ist in Mainz bei der Ausübung seines Berufes ein Maschinist von einem französischen Posten erschossen worden.

In Recklinghausen sang die Bevölkerung auf dem Marktplatz vaterländische Lieder. Sie wurde von französischen Panzerwagen auseinandergetrieben. 25 französische Offiziere drangen in ein Gasthaus, schlugen mit Reitpeitschen auf die Gäste ein und jagten sie auf die Straße, wo sie mit Reitpeitschen auseinandergetrieben wurden. Darauf drangen jene Offiziere in das Stadt-Theater, schlugen in dem vollbesetzten Hause auf das Publikum ein und jagten es aus dem Hause.

In Essen haben die Franzosen in der Nacht Propagandafaltate aufstellen lassen, die von der deutschen Bevölkerung früh entfernt wurden. Ein Kommando, das

von zwei Offizieren geführt wurde, nahm u. a. sechs junge Leute fest, die auf der Wache aufs schärfste mißhandelt worden sind.

Der Eisenbahnraub.

Die Franzosen fahren mit der Ausdehnung ihrer „Eisenbahnkontrolle“ fort und verfolgen überall die deutschen Beamten von den Streckwerken und Bahnhöfen. Dennoch haben sie dabei Mißerfolg über Mißerfolg. Der Eisenbahnerstreik behut sich in gleichem Maße aus. Auf der Strecke Düsseldorf-Krefeld, die die Franzosen in Besitz zu nehmen versuchen, fliehen zwei französische Militärzüge zusammen. Einige Wagen wurden zertrümmert, und unter den Trümmern wurden, wie verlautet, 28 tote Soldaten hervorgezogen. Auf dem Bahnhof Krefeld bei Trier haben die Franzosen eine schwere Schnellzuglokomotive in die Drehscheibe geworfen. Dadurch ist die Drehscheibe vollständig außer Betrieb gesetzt.

Neue Ausweisungen.

Eine ganze Anzahl höherer deutscher Beamten ist neuerdings ausgewiesen worden. Auch lassen die Franzosen verkünden, daß sie eine neue Reise des Kanzlers in das besetzte Gebiet verhindern, oder danach neue „Sanktionen“ ergreifen würden.

Ein Vorstoß gegen Poincaré.

Unzufriedenheit in der französischen Kammer.

Die Nervosität, die durch das verfehlte Ruhrabenteuer in Paris hervorgerufen ist, macht sich zum großen Kummer Poincarés auch in der Pariser Kammer bemerkbar. In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten befragte der frühere Ministerpräsident Lequand den abwesenden Ministerpräsidenten Poincaré über die allgemeine Lage, insbesondere über die Verhandlungen von Lausanne und die Ereignisse im Ruhrgebiet sowie über die Zwischenfälle von Renel. Nach einer lebhaften Debatte wurde beschlossen, den Ministerpräsidenten aufzufordern, möglichst bald vor der Kommission zu erscheinen. Es wird mit gutem Grund bezweifelt, daß Poincaré gesonnen sei, augenblicklich der Kommission die verlangten Erklärungen abzugeben. Der Beschluß der Kammerausschusses ist als ein Vorstoß gegen Poincaré aufzufassen.

Hilfe für Rhein- und Ruhrgebiet.

Amliche und private Tätigkeit.

Im Haushaltsauschuß des Reichstages berichtete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Lühr über die Ernährungsfrage im Ruhrgebiet. Bis jetzt hat sich die Lebensmittelzufuhr nach dem besetzten Gebiet im großen und ganzen noch befriedigend gehalten. An Brotgetreide oder Wehl ist erfreulicherweise genügend Vorrat bis zum 15. März vorhanden. Die Kartoffelzufuhr wurden erheblich vermindert. Zur Milchversorgung stehen bereits Abkommen in Aussicht, die es ermöglichen, bestimmte Mengen holländischer Milch und Trockenmilch verbilligt in das besetzte Gebiet einzuführen.

Der „Verein Landausenthalt für Stadtkinder“ hat ein Hilfsunternehmen in die Wege geleitet, um in den kommenden Monaten eine Unterbringung von Ruhrkindern in größerem Maßstabe zu ermöglichen.

Auslandshilfe in Deutschlands Not.

Skandinavien und Deutschböhmen am Werk.

s. Berlin, im Februar.

Der Präsident der norwegischen Hilfsaktion für Deutschland und Österreich, Herr Ellen Ringnes jun. aus Kristiania, hat in den letzten Tagen seine Hilseser für Berliner Kinder in ganz bedeutender Umsänge erweitert. Die Zahl der von den Norwegern getrennten Kinder, die anfangs 500 betrug, ist auf 3500 gestiegen. Die Kinder erhalten täglich Milch, Brot und Weizenbrot, Strohölse Kinder außerdem noch Lebertran. In eine Schule des Berliner Ostens wurden etwa 70 Kinder mit neuen Anzügen und neuem Schuhwerk versehen. Der Berliner Frauenhilfe, Abt. Landausenthalt für Kinder, ist, wie bekannt, von norwegischen Freunden zur kostenlosen Verpflegung von 2000 Berliner unterernährten, von der Tuberkulose bedrohten Kindern in das Heim Lindenhof in Ostseebad Müritz und in die Kinderheime in Schreiberhau, Bismarck und Norderny insgesamt 150 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden.

Die überaus dankenswerte Hilfe des norwegischen Komitees, das zur Aufbringung der Spenden alle norwegischen Schulen herangezogen hat, zeigt, daß die Sympathie des norwegischen Volkes für das deutsche Volk in ständigem Wachstum begriffen ist.

Und wie in Norwegen, so denkt und hilft man auch in Schweden und in Dänemark. Die dänische Arbeiterorganisationen haben für die Arbeit des Ruhrgebiets 100 000 Kronen zur Verfügung gestellt und das schwedische Komitee die Kosten für den Lebensbedarf 12 000 Kronen.